

Juni 2022

# Gipfelbericht

Europabüro/Brüssel

KONRAD  
ADENAUER  
STIFTUNG  
*Europe*



1

## NATO-Gipfel in Madrid

### Transatlantisches Zukunftsdenken in Krisenzeiten

28.-30. Juni 2022

*Von Dr. Hardy Ostry und Lukas Wick*

Die Staats- und Regierungschefs sowie Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitglieder sind zwischen dem 28. und 30. Juni 2022 in Madrid zusammengekommen, um im Rahmen des NATO-Gipfels über die Ausrichtung der Allianz bis 2030 zu diskutieren. Dabei wurde ein neues Strategisches Konzept verabschiedet, das einerseits die konkrete Ausrichtung des Bündnisses bis 2030 skizziert und dabei auch neue Tätigkeitsfelder nennt, andererseits aber auch auf die aktuelle Sicherheitslage in Europa eingeht und beschreibt, welche Maßnahmen dagegen unternommen werden sollen. Russland wird dabei erstmals als größte Bedrohung für die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent bezeichnet, während China als systemischer Rivale genannt wird, der die regelbasierte Weltordnung untergraben wolle und eine Monopolstellung in Schlüsselbereichen anstrebe. Die Beitrittsgesuche Finnlands und Schwedens wurden durch die NATO-Mitglieder final angenommen, nachdem zähe Verhandlungen mit der Türkei schließlich von Erfolg gekrönt waren und Ankara sich letztlich für die Unterstützung der beiden skandinavischen Länder aussprach. Die NATO kündigte ferner an, insgesamt 300.000 (vorher ca. 40.000) ihrer Soldatinnen und Soldaten in erhöhte Bereitschaft zu versetzen.

<sup>1</sup> Titelbild: [Copyright NATO \(2022\)](#)

## Das Strategische Konzept:

### *Neue und alte Herausforderungen...*

Das strategische Konzept der NATO (Strategic Concept 2030) war trotz aller Debatten rund um die Beitrittsgesuche Finnlands und Schwedens wohl das Hauptthema des dreitägigen Gipfels in Madrid. Die Allianz will sich mit dem Strategiepapier fit für die Zukunft machen und dabei möglichst viele Tätigkeitsfelder abdecken. Ferner werde die NATO weiterhin standfest in der Verteidigung der eine Milliarde Bürgerinnen und Bürger, des Territoriums und der gemeinsamen demokratischen Werte ihrer Mitgliedsnationen bleiben. Dabei werde sie als Allianz weiter für einen inklusiven und nachhaltigen Frieden eintreten und die regelbasierte Weltordnung stets verteidigen. Die Welt von heute jedoch sei unberechenbar und werde in vielen Bereichen angegriffen. Die russische Invasion der Ukraine habe den Frieden zerstört und die Sicherheitsumgebung nachhaltig geschädigt. Russland habe eine völkerrechtswidrige Invasion vorgenommen, die darüber hinaus unbeschreibliches Leid, Elend und Zerstörung über die Ukraine und ihre Bevölkerung gebracht habe. Die NATO werde sich für eine unabhängige und starke Ukraine einsetzen, die für die Stabilität des Euro-Atlantik-Raums unverzichtbar sei. In diesem Vorhaben setzt die Allianz weiterhin auf ihre klassischen Säulen der Verteidigung und Abschreckung, Krisenvorbeugung und -management sowie der gemeinsamen Sicherheit.

Für die weitere Entwicklung der nächsten acht Jahre (bis 2030) wurde vor allem – wenig überraschend – die russische Föderation als Feindbild Nummer eins identifiziert, da zu diesem Zeitpunkt auch damit zu rechnen sei, dass Russland sich entschlief, NATO-Mitgliedstaaten anzugreifen. Grundsätzlich stellen autoritäre Regime die größte Herausforderung für den Frieden, die Werte und die Demokratie in Europa dar. Gerade diese Regime seien dafür prädestiniert, in unkonventionelle, hybride, aber auch konventionelle und nukleare Kapazitäten zu investieren, ohne dabei ein hohes Maß an Transparenz an den Tag zu legen. Dabei schrecken jene Anführer nicht davor zurück, Stellvertreterkonflikte anzuzetteln, die Energiesicherheit ganzer Nationen zu gefährden oder Migration als Waffe zu verwenden. Wengleich also Russland die größte Bedrohung für die Euro-Atlantik-Zone darstelle, werde die NATO auch weiterhin keinen Konfrontationskurs mit Russland fahren, jedoch sehr wohl geeint auf Provokationen und Bedrohungen reagieren. Dies gelinge vor allem durch erhöhte Verteidigungskapazitäten und Abschreckung. Es ist darüber hinaus auch nicht zu vernachlässigen, dass der globale Terrorismus auch in Zukunft ein elementares Sicherheitsrisiko für die Bürgerinnen und Bürger darstellen werde und dabei die wohl am meisten hybride Art der Bedrohung bilde. Die NATO habe dabei vor allem auch ihre südliche Nachbarschaft, den Nahen und Mittleren Osten und den Sahel im Blick, da die politischen Begebenheiten dort jederzeit zu einer politischen, wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Gefährdung für die NATO-Alliierten führen könnte.

Neben Russland wird auch China im Kreis der zukünftigen Herausforderungen genannt und dabei als „systemischer Feind“ klassifiziert, da Peking mit seinen mehrfach dargelegten Ambitionen definitiv als Herausforderer der „westlichen“ Werte, Wirtschaft, Sicherheit und Politik zu verstehen ist. China versuche, seinen globalen Fußabdruck und Einfluss zu erhöhen und sei in diesem Kontext als direkter Gegner des westlichen Lebensstils eine Gefahr für die Sicherheit der Allianz und die regelbasierte Weltordnung. Die NATO-Mitglieder werden sich auch in Zukunft einer limitierten Kooperation China gegenüber offen zeigen, sofern dabei die Sicherheitsinteressen der Allianz gewahrt bleiben können.

Weitere Felder, in denen sich die NATO in Zukunft verstärkt bewegen will, wurden wie folgt identifiziert: Der Cyberspace sei derzeit noch ein Raum, der permanent umkämpft ist und eine Gefahr für die lokale kritische Infrastruktur darstellen könne. Dabei investieren politische Gegner in Technologien, die dazu genutzt werden könnten, den Zugang zu

Freiheit und Operabilität im Cyberspace einzuschränken sowie sowohl die zivile als auch militärische Infrastruktur noch gezielter und effektiver angreifen zu können. Die potenzielle Nutzung von biologischen, nuklearen, radioaktiven oder chemischen Waffen stellt ein konstantes Risiko für die NATO dar, und genau deshalb hat es sich die Allianz zum Ziel gemacht, die globale Abrüstung in diesem Kontext weiter voranzubringen. Sie betont dabei, dass ihr eigenes nukleares Arsenal einzig und allein zur Abschreckung dient und niemals offensiv eingesetzt werden wird. Besonders für die Zukunft wird sich das Verteidigungsbündnis mit den Herausforderungen und Folgen des Klimawandels als Multiplikator von Risiken und Sicherheitsbedrohungen für den europäischen Kontinent auseinandersetzen.

### **... und die Maßnahmen dagegen:**

Die NATO wird auch in Zukunft als Verteidigungsbündnis handeln, jedoch sollte niemand ihre Stärke oder Verteidigungsfähigkeit unterschätzen. Jeder Zentimeter des Bündnisterritoriums werde verteidigt – ohne Wenn und Aber. In einem Umfeld des strategischen Wettbewerbs werde die Allianz ihre globale Aufmerksamkeit und Reichweite erhöhen, um ihren Grundsätzen in allen Bereichen folgen zu können. Deshalb werde sie in signifikanter Art und Weise ihre Verteidigungs- und Abschreckungskapazitäten ausbauen, um jedes Vorhaben eines potenziellen Gegners oder Aggressors bereits im Keim zu ersticken. Dazu werde die NATO ihre Präsenz zu Land, Wasser und in der Luft sowie im Cyberspace nachhaltig und nachdrücklich ausbauen. Dies geschehe durch grundsätzlich mehr Truppen in Alarmbereitschaft, die auf modernste Waffensysteme, Infrastruktur und Trainingsmethoden zurückgreifen können. Damit werden die größtmögliche kollektive Bereitschaft, Reaktionsschnelligkeit und Integration sowie Interoperabilität gewährleistet. Generalsekretär Jens Stoltenberg kündigte bereits im Vorfeld des Gipfels an, dass hierfür die Zahl, der sich in Alarmbereitschaft befindlichen NATO-Truppen von 40.000 auf 300.000 erhöht werden soll. Dies betreffe die schnellen Eingreiftruppen der NATO, die damit erstmals seit dem Kalten Krieg in dieser Form aufgestockt werden. Angaben darüber, wie schnell diese Aufstockung erfolgen und vor allem woher die benötigten Soldaten kommen sollen, machte Stoltenberg hingegen nicht.

Das Bündnis will sich aber eben auch abseits dieser klassischen Konfliktfelder nachhaltig und schlagkräftig aufstellen, wozu es erstmals auch in den privaten Sektor vordringen wird, dort investieren wird und damit auch die digitale Transformation an der Schnittstelle der militärischen und zivilen Verwendung fördern wird. Nur so könne man den Status der global führenden Schutzmacht bewahren bzw. ausbauen. Auch der strategische Nutzen des nuklearen Arsenal, das – wie bereits betont – nur zu Verteidigungszwecken genutzt werden würde, spielt eine zentrale Rolle für die übergreifende Sicherheit der Allianz. Dabei nutzt die NATO bewusst den Vorteil, dass die nukleare Verteidigungsfähigkeit über beide „Bündniskontinente“ verteilt ist und damit schwer anzugreifen bzw. außer Gefecht zu setzen ist. Positiv sei ferner, dass nicht nur das Arsenal selbst, sondern auch die Kommandostrukturen verteilt und unabhängig voneinander sind, so dass sie wesentlich schwerer zu deaktivieren seien. Im Bereich der biologischen, chemischen und radioaktiven Waffen werde die NATO jedoch noch mehr investieren, um ihre Verteidigungsfähigkeit auch hier global führend stärken zu können. Dabei werde das Bündnis den Atomwaffensperrvertrag als essenziellen Schutzwall weiter stützen und fordert darüber hinaus ein, dass sich alle Unterzeichner weiterhin an ihn binden.

Eine weitere Säule der Maßnahmen bis 2030 ist die Krisenprävention sowie das Krisenmanagement. Die Allianz werde auch weiterhin versuchen, allen möglichen Krisen vorzubeugen bzw. auf diese zu reagieren, wenn sie die Sicherheit des Bündnisses gefährden. Dazu werde sie die nötigen Ressourcen, Fähigkeiten, Trainingsmethoden und Kommandostrukturen schaffen. Dies schließe auch Anti-Terrorismus-Missionen und

klimabedingte Krisen ein. Besonderes Augenmerk werde hierbei aber auf die Schaffung von Strukturen gelegt werden, um Krisen besser zu antizipieren und somit Stabilität zu fördern. Hierbei werden die stärksten Partner im Bündnis besonders auf die vulnerabelsten Partner achten.

Die dritte und letzte Säule für das strategische Konzept bis 2030 wird die kooperative Sicherheit sein. Hierbei hat das Bündnis allen voran die Europäische Union als strategisch wichtigsten Partner ausgemacht und ferner ihr Prinzip der „Offenen Tür“ untermauert, das sich historisch betrachtet als absolutes Erfolgsmodell herausgestellt habe. Die Sicherheit derer, die dem Bündnis beitreten wollen, sei auch von strategisch großer Bedeutung für das Bündnis selbst. Die Europäische Union sei dabei ein einzigartiger und essenzieller Partner der NATO, da man die gleichen Werte teile und in Zukunft komplementär und sich gegenseitig unterstützend kooperieren werde. Dabei werde man den Fokus auf Bereiche wie die militärische Mobilität, Resilienz, Klimawandel, Technologiewandel sowie Frauenrechte legen und eine gemeinsame Friedens- und Sicherheitsagenda verfolgen. Die NATO könne in Kooperation mit der EU zur weltweit führenden Organisation im Kampf gegen den Klimawandel und seinen Folgen werden und wird dieses Ziel aus Sicherheitsbedenken heraus unbedingt verfolgen. So soll das Bündnis bis 2050 emissionsfrei sein und bis 2030 bereits 45% der Emissionen reduziert haben. Ferner werde der Verteidigungsinnovationsbeschleuniger für den Nordatlantik (DIANA) ins Leben gerufen, der dazu dient, die Regierungen, Privatsektor und Wissenschaft zusammenzubringen, um die technologischen Fähigkeiten der Allianz auch in Zukunft modern zu halten. Dazu könne die NATO – gestützt von ihren Alliierten – bis zu eine Milliarde Euro in Start-Ups investieren, die dual nutzbare (zivil und militärisch) Technologien entwickeln (z.B. Künstliche Intelligenz).

Insgesamt wollen die Bündnismitglieder hierfür 20 Milliarden zusätzlich für gemeinsame NATO-Ausgaben bereitstellen. So soll das NATO-Budget jährlich deutlich steigen, um so z.B. die Ostflanke noch weiter zu sichern oder in Sachen Cybersicherheit stärker zu werden. In konkreten Zahlen wird der Haushalt also von 2023 an um jährlich etwa 10% erhöht werden, sodass insgesamt etwa 45 Milliarden Euro zu Verfügung stehen werden.

Die Europäische Union reagierte mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, auf den Madrider Gipfel und unterstrich die Bedeutung des Gipfels für die Sicherheit in Europa einerseits und die Erweiterung des NATO-Kreises durch Finnland und Schweden andererseits. Die NATO und die EU teilten die gleichen Werte, weshalb es für den Europäischen Rat nur zu unterstützen sei, dass die beiden skandinavischen Länder nun Teil des Verteidigungsbündnisses würden und damit ein klares Zeichen in die Welt sendeten. Die EU werde ferner insgesamt 200 Milliarden Euro in den kommenden Jahren investieren, um die Verteidigungsfähigkeit der Union zu steigern und die Säule der EU innerhalb der NATO zu stärken. Darüber hinaus solle die Fragmentierung der Verteidigungssysteme reduziert werden, um effizienter und mit höheren Fähigkeiten die Verteidigungsfähigkeit der Union zu stärken. Dadurch werde vor allem aber auch die NATO gestärkt, sicherer gemacht und die transatlantische Allianz untermauert. Die Kooperation der EU mit der NATO werde in den kommenden Jahren merklich zunehmen, um die Sicherheitsarchitektur auf dem europäischen Kontinent zu kräftigen, so Michel.

### **Hilfe für die Ukraine:**

Im Rahmen des Madrid-Gipfels wurden auch weitere Hilfen für die Ukraine beschlossen. In einer Telefonschleife mit den in Madrid anwesenden Staats- und Regierungschefs sowie Ministern verdeutlichte Präsident Selenskyj, dass die Ukraine mit fortschreitender Zeit umso mehr auf die Unterstützung aus dem Westen angewiesen ist. Die Reaktion der NATO war nach eigenen Angaben gleichermaßen klar und deutlich, als sie dem ukrainischen

Präsidenten verdeutlichte, dass sein Land auf die NATO zählen könne – egal wie lange der Krieg auch noch dauern möge. Die NATO-Alliierten verständigten sich daraufhin, weitere Militär- und Finanzhilfen zu leisten und stimmten einem umfassenden Hilfspaket für die Ukraine zu. Damit werde man die Kommunikationswege in der Ukraine sichern, Treibstoff und medizinischen Bedarf liefern, die Soldaten mit Schutzwesten versorgen und das nötige Equipment stellen, um sich vor Minen, chemische und biologische Waffen schützen zu können.

Langfristig werde man die Ukraine fit für die Zukunft machen, indem man sie dabei unterstützt, die Transformation hin zu moderner, westlicher Ausrüstung erfolgreich anzugehen. Dabei werde man automatisch auch die Interoperabilität zwischen NATO und der Ukraine festigen und ihre Verteidigungs- und Sicherheitsinstitutionen sichern. Man lege damit den Grundstein für eine souveräne, starke und verteidigungsfähige Ukraine, die ihren Beitrag zur Stabilität in der Euro-Atlantik-Zone leisten wird.

Im Rahmen dieser Zusagen hat London bereits angekündigt, weitere Militärhilfen nach Kiew zu entsenden. Diese werden sich wohl bei einer Höhe von einer Milliarde Pfund einpendeln. Damit setzt sich das Vereinigte Königreich (nach den USA) an die Spitze der hilfeleistenden Staaten. Premierminister Boris Johnson kommentierte in einem Pressestatement, dass britische Waffen einen entscheidenden Beitrag dabei leisten würden, die ukrainische Armee zu transformieren, widerstandsfähiger zu machen und so sicherzustellen, dass sich das Land gegen den russischen Aggressor verteidigen könne. Es müsse mit allen Mitteln sichergestellt werden, dass Putin diesen Krieg nicht gewinnt, so Johnson. Insgesamt hat Großbritannien nun bereits Waffen im Wert von 2,3 Milliarden Pfund geliefert bzw. zugesagt und etwa 1,5 Milliarden Pfund an wirtschaftlichen und humanitären Hilfen gezahlt.

Dieses zweifelsfrei große Engagement von britischer Seite steht jedoch in einem nicht zu ignorierenden Widerspruch zu der geplanten Reduktion des stehenden Heeres der Royal Army. Dabei sollen die Kapazitäten um bis zu 10.000 Soldaten gekürzt werden. Der britische General, Patrick Sanders, bezeichnete die geplante Verringerung der britischen Armee von 82.000 auf 72.500 Mann als „pervers“ und bereite seine Soldaten derweil bereits auf einen Einsatz auf dem europäischen Kontinent vor. Im Hinblick auf den Ukraine-Krieg sollten sich alle darauf einstellen, noch einmal in Europa zu kämpfen. Dies sei erneut der britische 1937-Moment. Dabei spielte der General auf die Rolle Großbritanniens zwei Jahre vor Beginn des Zweiten Weltkriegs an. Außenministerin Liz Truss rechtfertigte das Vorhaben damit, dass auch die anderen NATO-Staaten gefragt seien und ihre Verteidigungsausgaben erhöhen müssten. Ferner sei die moderne Kriegsführung weniger von Truppen am Boden und vielmehr von anderen Kapazitäten abhängig. Dort könne man das eingesparte Geld also besser verwenden.

### **Beitrittsgesuch Finnland und Schweden:**

In den vergangenen Wochen stand der sichergeglaubte NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens gleich mehrmals auf der Kippe, weil Präsident Erdogan sein Veto einlegte und dies mit anti-türkischen Terrororganisationen begründete, die vorrangig in Schweden ungestört ein Zuhause fänden. Die Verhandlungen in der Zwischenzeit waren derweil nicht von Erfolg geprägt, sodass im Vorfeld des Gipfels durchaus mit Spannung darauf geblickt wurde, wie sich die Lage entwickeln würde. Spekuliert wurde dabei vor allem darüber, welche Gegenleistung die Türkei für ein Einlenken verlangen würde. Gerüchten zufolge ging es ihr dabei vorrangig um das F-35-Programm, aus dem die Türkei von den USA ausgeschlossen wurde, nachdem das Land ein russisches Raketenabwehrsystem gekauft hatte. Die Wiederaufnahme in das Programm dürfte Präsident Erdogan wertvolle

Pluspunkte im nächsten Jahr anstehenden Wahlkampf liefern, während seine Blockade gegenüber Schweden und Finnland gelöst sein dürfte.

Um keinerlei Zweifel an der neu gewonnenen politischen Stärke und Einheit des Bündnisses aufkommen zu lassen, musste auf dem Madrid-Gipfel eine Lösung am Verhandlungstisch erzielt werden, die dann spät in der Nacht vom 28.06. auf den 29.06. schließlich auch gefunden wurde. Nach zähen Stunden der Verhandlungen zwischen Generalsekretär Stoltenberg und den Vertretern der Türkei, Finnlands und Schwedens stimmte Präsident Erdogan schließlich dem Beitritt der beiden skandinavischen Länder zu. Wie aus gut informierten Kreisen zu hören war, gelang es der Türkei zwar nicht, in das F-35-Programm zurückzukehren, jedoch stimmten die USA zu, die F-16-Flotte der Türken zu modernisieren, woraufhin das türkische Veto schließlich fiel.

Damit ist der schnellste NATO-Beitritt in der Geschichte der Allianz gesichert. Die Beitrittsverhandlungen und das Beitrittsprotokoll wurden bereits verhandelt, sodass letzteres lediglich noch von den nationalen Parlamenten aller NATO-Mitglieder ratifiziert werden muss, um den Beitritt Schwedens und Finnlands auch offiziell zu finalisieren. Generalsekretär Stoltenberg konnte zwar zu diesem Zeitpunkt noch nicht genau abschätzen, wann die Ratifikation abgeschlossen sein würde, zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass dies noch im Herbst dieses Jahres geschehen könnte.

Präsident Putin warf der NATO in Reaktion auf die Beschlüsse des Gipfels imperialistische Ambitionen vor. Das Bündnis versuche so, seine Vormachtstellung zu behaupten. Die Ukraine oder deren Bevölkerung hätten dabei keine Priorität für die Allianz, sondern würden als Mittel zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen missbraucht. Mit dem nun bevorstehenden NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands habe Putin jedoch kein Problem. Es gebe mit den beiden Staaten keine territorialen Differenzen. Russland würde diese Einschätzung jedoch überdenken, sollten in den Ländern westliche Militärkontingente bzw. militärische Infrastruktur stationiert werden. Russland wäre dann gezwungen, entsprechend zu reagieren.

### **Kommentar:**

*Mit ihrem strategischen Konzept hat die NATO die Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Die Agenda für 2030, die bereits seit einiger Zeit diskutiert wurde, ist nun – wenn auch unter anderem Namen – final beschlossen worden. Der Ukraine-Krieg hat hierfür sicherlich ein passendes Momentum geschaffen, um auch den letzten NATO-Partner zu einer Zustimmung zu bewegen. In dieser Hinsicht hat die Allianz ihre Hausaufgaben erledigt und die globale Situation für sich genutzt.*

*Auffällig ist jedoch auch der Unterschied zwischen dem letzten Strategiepapier, das 2010 beschlossen wurde und bis zum Madrid-Gipfel Bestand hatte, und dem jetzigen Papier. Während beim Vorgänger noch die Absicht hinterlegt war, strategisch auf Russland zuzugehen und nach Möglichkeit eine vertiefte Kooperation anzuvisieren, ist Russland nun als „Bedrohung Nummer eins“ hinterlegt, gegen die man sich in den nächsten Jahren behaupten müsse, um die Sicherheit der Euro-Atlantik-Zone gewährleisten zu können. Sinnbildlich hierfür ist die Rolle des damaligen russischen Präsidenten, Dimitri Medwedew, der beim Beschluss der 2020er Agenda im Jahre 2010 zugegen war und eine gesteigerte Kooperation der NATO mit Russland unterstützte. Nun, zwölf Jahre später, ist davon keine Rede mehr. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt damit nicht nur eine Zäsur für die Zukunft dar, sondern hat große und kleine Fortschritte der Vergangenheit bis auf weiteres zerstört. Die schrittweise Annäherung nach dem Kalten Krieg innerhalb eines zugegebenermaßen auch in der Vergangenheit angespannten Verhältnisses ist nun wohl für eine ganze Weile Geschichte.*

*Die NATO sollte zudem genauestens aufpassen, dass sie ihre bisherigen Herausforderungen und Bedrohungen nicht vernachlässigt. Zwar wurden diese im strategischen Konzept erwähnt (Südflanke, Mali oder Terrorismus), jedoch besteht die berechtigte Sorge, dass der Ukraine-Krieg in seiner Allgegenwärtigkeit alle anderen Kapazitäten verschluckt. Die Bedrohungen werden jedenfalls nicht ohne weiteres Verschwinden, weil die NATO sich derzeit auf andere Dinge konzentrieren muss. Dieser Spagat muss ihr also zwingend gelingen.*

*Im Hinblick auf die angekündigte gesteigerte Kooperation der NATO mit der EU, um sich gegenseitig komplementär zu stärken, bleibt abzuwarten, ob Dopplungen wirklich verhindert werden können. Die NATO will verstärkt im privaten Sektor investieren, während die EU hier bereits auf bestehende Investitionsprojekte zurückgreifen kann. Umgekehrt möchte die EU verstärkt im Militärssektor investieren. Während Vertreter der EU wiederholt betonten, dass jede Handlung der EU in Komplementarität mit der NATO stattfinden müsse, steht weiterhin die Frage im Raum, ob die NATO Investitionspläne aufgeben wird, wenn die EU hier bereits einen großen Bereich abdeckt, oder ob die EU bestehende Programme reduzieren wird, um Raum für die Pläne der NATO zu schaffen.*

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

Dr. Hardy Ostry  
Leiter des Auslandsbüros  
Europabüro Brüssel  
[www.kas.de](http://www.kas.de)  
[hardy.ostry@kas.de](mailto:hardy.ostry@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0

(abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)